



Sehr geehrter Herr Bürgermeister Schink, sehr geehrte Damen und Herren Gemeindevertreter,

vielen Dank für das gute Gespräch in der vergangenen Woche. Es würde uns sehr freuen, wenn dies der Auftakt zu einer gemeinsamen Diskussion über die Zukunft unserer Gemeinde wäre. Wie Sie wissen, sind wir davon überzeugt, dass die geplante industrielle Mastanlage erhebliche negative gesundheitliche und wirtschaftliche Konsequenzen für die Menschen in unserer Gemeinde hat. Ein Blick nach Niedersachsen zeigt, dass viele Gemeinden dort im Moment mit sehr hohem Aufwand versuchen, die Fehler der Vergangenheit zu reparieren. Bitte denken Sie allein an die ungeklärten Folgen der massenhaften Verbreitung von Antibiotika durch die industrielle Tierhaltung. Über den Kot der Tiere gelangen diese Stoffe in den natürlichen Kreislauf und machen im Zweifel auch nicht vor dem Grundwasser halt.

Wir haben uns in dem Gespräch ganz bewusst nicht über die Vor- und Nachteile einer industriellen Tiermast unterhalten. Unser Anliegen war es, einen politischen Prozess zu vereinbaren, der es den Bürgern und der Politik ermöglicht, in einem ergebnisoffenen Dialog einen B-Plan für Teile des Außenbereichs zu erstellen. Dieser Plan ist dann Grundlage für die Entscheidung über konkrete Investitionsvorhaben. Sowohl Ihnen als Politiker als auch uns als Bürgerinitiative ist sehr deutlich geworden, dass der Investor ein Verfahren wählt, mit dem weder Ihnen noch den Bürgern eine echte Gestaltungsmöglichkeit eingeräumt wird. Das kann für Sie als Gemeindevertreter und für uns nicht akzeptabel sein! Am Ende liegt die Entscheidung bei einer staatlichen Behörde und nicht vor Ort in der Gemeinde. Wir bitten Sie, Ihr gemeindliches Planungsrecht zu nutzen und eine Bürgerbeteiligung zu ermöglichen.

In der letzten Woche haben wir folgendes Verfahren verabredet:

1. Der Bürgermeister bespricht die Bitte der Bürgerinitiative mit den Gemeindevertretern
2. Die Bürgerinitiative erstellt einen Vorschlag für einen B-Plan Aufstellungsbeschluss. Bitte bedenken Sie, dass Bürger hierfür Geld gesammelt haben und einen Beitrag leisten, damit die Gemeinde ihr Planungsrecht auch ausüben kann
3. Auf Basis der Meinungsbildung in der Gemeindevertretung und des Vorschlags für einen B-Plan Aufstellungsbeschluss soll ein zweites Gespräch stattfinden

Im Sinne eines fairen Dialogs gehen wir davon aus, dass die Gemeindevertretung erst nach dem zweiten Gespräch Beschlüsse zu der beantragten Hähnchenmastanlage fasst. Das laufende Verfahren lässt hierfür genug zeitlichen Spielraum, wenn eine Fristverlängerung beim StALU beantragt wird. Auch Sie brauchen ausreichend Zeit, um die komplexen Antragsunterlagen zu studieren, bevor sie eine so einschneidende Entscheidung für die Gemeinde treffen.

Wir freuen uns auf den nächsten Termin und die gemeinsame Arbeit für ein lebenswertes Wardow.

Harald Hagen

Astrid Pröpper

Martina Krey

Martina Schneider